A-09-032 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 31 bis 34:
verschärft. Den Angriff auf den Rechtsstaat im eigenen Land setzt Trump auf internationaler Ebene fort: Die willkürlichen militärischen und geheimdienstlichen Völkerrechtsverletzungen der US-Regierung in der südlichen Karibik und gegen Venezuela verstoßen gegen internationales Recht. Statt auf das Völkerrecht setzt ~~er~~Trump auf ~~die Erpressung und Deals mit Autokraten~~das Recht des Stärkeren. Bündnisse und Allianzen werden immer wieder in Frage gestellt. Die Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID hat

Begründung

Wir stellen uns gegen die Angriffe der US-Regierung auf Venezuela und teilen das Urteil der Experten der UN-Menschenrechtskommission: „Diese Maßnahmen verstoßen auch gegen die grundlegenden internationalen Verpflichtungen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen oder mit militärischer Gewalt gegen sie vorzugehen.“ (1)

Die US-Regierung hat 50 Millionen Dollar für Informationen geboten, die zur Verhaftung von Venezuelas Staatspräsident Nicolás Maduro führen sollen. Zuletzt hatten Kampfflugzeuge den venezolanischen Luftraum verletzt und US-Militäreinheiten wiederholt zivile Boote in der Karibik beschossen und zerstört. Inzwischen verlegt Washington weiteres Kriegsgerät in die Region, darunter den größten Flugzeugträger der Welt. Die Angriffspläne wurden von Außenminister Marco Rubio und CIA-Direktor John Ratcliffe entwickelt, um den gewählten Präsidenten aus dem Amt zu entfernen. (2,3,4,5,6)

Seit der Verstaatlichung der venezolanischen Ölreserven durch die gewählte Regierung vor fast zwei Jahrzehnten versuchen US-Regierungen, die linken Regierungen von Hugo Chávez und nun Nicolás Maduro zu untergraben oder gar zu stürzen. Durch Sanktionen behindern sie dabei die wirtschaftliche, kulturelle und politische Wohlentwicklung der gesamten Bevölkerung Venezuelas.
Die jüngeren rhetorischen und militärischen Drohgebärden Donald Trumps gegen die Souveränität Venezuelas fordern unseren entschiedenen Widerspruch – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrung der US-Invasion in Panama 1989/90, als dieses sich den Interessen der US-Regierung am Panama-Kanal widersetzte.
Die „Monroe-Doktrin“, nach der US-Regierungen seit 200 Jahren Lateinamerika als ihr legitimes Einflussgebiet betrachten und zahlreiche militärische Übergriffe auf den so verstandenen „Hinterhof“ verübt haben, muss ein für alle Mal der Vergangenheit angehören.

Wie weitreichend der Druck von US-Präsident Trump bereits wirkt, zeigt die diesjährige Vergabe des Friedensnobelpreises an María Corina Machado. In der verbreiteten Verwirrung bietet der Verein Mimikama mit einem Faktencheck Orientierung. (7)

Seit Jahren ist Machado in rechte und wirtschaftsliberale Netzwerke eingebunden und hat versprochen, das Land für die Interessen von US-Konzernen zu öffnen. Angesichts des internationalen Rechtsrucks liegt es auch in unserer Verantwortung, dem Einfluss rechter Netzwerke entschieden entgegen zu treten und gegen die extreme Machtkonzentration für mehr Gleichheit, Solidarität und Selbstbestimmung

einzutreten.

Zu den Fakenews wird auch die Behauptung der US-Regierung gezählt, die venezolanische Regierung kontrolliere die transnationale, in Drogenhandel verwickelte Organisation Tren de Aragua und die Angriffe auf die Boote dienten der Verteidigung der nationalen Sicherheit. Ex-Direktor des UN-Antidrogenprogramms Pino Arlacchi widerspricht Trumps Narrativ von Venezuela als Zentrum des Drogenhandels.
Im Lateinamerika-Nachrichtenportal amerika21 bemerkt er: „Während meiner Amtszeit an der Spitze des UNODC, der UN-Agentur für Drogen und Verbrechen, war ich in Kolumbien, Bolivien, Peru und Brasilien, aber nie in Venezuela. Es war schlicht nicht nötig." Er betont, das chavistische Venezuela habe konsequent dem kubanischen Modell im Kampf gegen die Drogen gefolgt: internationale Kooperation, territoriale Kontrolle und Bestrafung krimineller Aktivitäten. (8)

Seit 2015 leidet Venezuela zunehmend unter den von der US-Regierung und der EU verhängten Sanktionen. Durch Entzug der finanziellen Mittel soll die Wirtschaft stranguliert und ein Regimewechsel erzwungen werden.

Die EU muss als Friedensprojekt auch nach außen wirken. Nur so können wir tatsächlich „für eine Welt einstehen, in der Kooperation stärker ist als Krieg und Konkurrenz".

Der erste Satz dieses Antrags erinnert zurecht an das Versprechen, das sich die Staatengemeinschaft nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs gab. Unterschlagen wird, dass er in besonderem Maße für uns Deutsche gilt. Wir dürfen alte Feindbilder und Frontlinien nicht wieder aufbauen, Stacheldraht und Mauern nicht an den Außengrenzen der EU neu errichten und die Welt nicht in Freund und Feind, in sogenannte "Wertepartner" versus (sich der westlichen Hegemonie widersetzende) „autoritäre Regime" teilen.

Für uns als Menschenrechtspartei gilt: Die universellen Menschenrechte sind unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen. Sie zu schützen und wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung. (siehe dieser Antrag Zeile 43 ff).

Schon vor Trumps Amtsantritt haben die USA begonnen, ihre Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen aufkündigen. Umso mehr sind nun wir und alle anderen gefordert. (9)

Quellen:

(1) Das Völkerrecht verbietet zum Zwecke der Wahrung des Weltfriedens und der Menschenwürde sowohl die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten (Art. 2 Abs. 7 UN-Charta) als auch außergerichtliche Tötungen (Art. 6 Abs. 1, UN-Zivilpakt).
UN experts condemn coercive intervention in Venezuela by the United States https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/10/un-experts-condemn-coercive-intervention-venezuela-united-states

(2) Trump erlaubt CIA verdeckte Einsätze in Venezuela
https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-10/venezuela-usa-donald-trump-cia-geheime-einsaetze-nicolas-maduro

(3) USA haben weitere Kriegsschiffe auf den Weg nach Venezuela geschickt. Drohungen gegen Kolumbiens Regierung werden mehr
https://www.jungewelt.de/artikel/511139.usa-gegen-venezuela-armada-gegen-caracas.html

(4) Trump droht mit Bodeninvasion und schickt Bomber Richtung Venezuela https://www.jungewelt.de/artikel/511071.krieg-gegen-drogen-fast-50-tote-durch-us-angriffe.html

(5) Venezuela: Trump begeht schlicht und einfach Mord
https://amerika21.de/analyse/277133/venezuela-trump-begeht-mord

(6) Venezuela: Das Billionen-Dollar-Geschäft
https://amerika21.de/2025/06/275876/corina-machado-venezuela-geschaefte

(7) Machado-Friedensnobelpreis-Faktencheck
https://www.mimikama.org/machado-friedensnobelpreis-faktencheck/

(8) Geopolitik als Drogenbekämpfung getarnt
https://amerika21.de/analyse/276810/venezuela-usa-geopolitik-oel-und-drogen

(9) Vereinigte Staaten kündigen UN-Verpflichtungen
https://www.hrw.org/de/news/2025/02/10/vereinigte-staaten-kuendigen-un-verpflichtungen

weitere Antragsteller*innen

Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Linus Sage (KV Hamburg-Harburg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Paul-Josef Sieger (KV Ahrweiler); Barbara Romanowski (KV Oberberg); Angelika Aigner (KV Traunstein); Kathrin Weber (KV Bielefeld); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sylvia Kotting-Uhl (KV Odenwald-Kraichgau); Hannah Weiser (KV Odenwald-Kraichgau); Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.